

Uwe Schimank/Erhard Stölting (Hg.): Die Krise der Universitäten. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2001. 360 Seiten. ISBN 3-531-13600-3. €34,-

Auf der Podiumsdiskussion über die „Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses nach dem neuen Hochschulrahmengesetz (HRG)“, die Anfang September 2002 während des 44. Historikertages in Halle stattfand, wäre es den Herausgebern des Sammelbandes „Die Krise der Universitäten“, Uwe Schimank und Erhard Stölting, kalt über den Rücken gelaufen. Anstatt die Problemlösungskapazität neuer gesetzlicher Regelungen, z.B. der Juniorprofessur, zu prüfen, wie es Schimank und Stölting fordern, wurde dort ausschließlich diskutiert, wie WissenschaftlerInnen weiter ‚im System‘ beschäftigt werden können. In einer derartigen Reduktion des Komplexes „wissenschaftlicher Nachwuchs“ auf den einen Aspekt soziale Auswirkungen sehen Schimank und Stölting einen Teil der Krise, nämlich das Problem der Besitzstandswahrung der im Wissenschaftssystem Beschäftigten.

In dem Buch „Die Krise der Universitäten“ wird indes differenzierter argumentiert. Siebzehn AutorInnen werfen einen nachdenklichen Blick auf die Krisen der deutschen Hochschulen. Die einzelnen Beiträge werden drei großen Abschnitten zugeordnet: im ersten werden Ideen und Vorgeschichten der heutigen Situation behandelt; im zweiten die Produktionsfaktoren der Universität anhand von organisations- und machttheoretische Ansätzen erörtert; und in einem dritten Abschnitt Fragen von Forschung und Lehre diskutiert. Im Folgenden konzentriere ich mich auf diejenigen Beiträge, in denen sich aus der Analyse deutlich akzentuierte Empfehlungen für Hochschulreformen ergibt.

Schon in der Einleitung von Schimank und Stölting wird quer zur thematischen Unterteilung unter Berufung auf ‚Versachlichung‘ der Diskurs hierarchisiert: „Wer mit Funktionserfordernissen kommt, also mit ‚Sachzwängen‘, übertrumpft bloße Interessenartikulationen und auch Ideenbekenntnisse“ (S. 19). Entsubjektivierte Sachzwänge sollen die Legitimität von Reformen begründen; auf diese Weise wird die Komplexität der Hochschule als soziales System ausgeblendet. Hoffnung macht allerdings, dass Schimank und Stölting diese Funktionserfordernisse als widersprüchlich sehen, wie etwa das Verhältnis von Bildung und Ausbildung: Es „geht um eine institutionalisierte ‚Doppelstrategie‘, die das unaufhebbare manifeste Gegeneinander zur latenten Komplementarität

transformiert“ (S. 21). Konstitutive Widersprüche sollen in dem Sammelband also zugelassen werden.

Ein solcher Widerspruch findet sich in Stöltings Beitrag „Permanenz und Veränderung von Strukturkrisen: Institutionelle Darstellungsprobleme“ in Form der den Universitäten eigenen Mischung aus Praxis und Distanz wieder; ohne praktische Nachfrage sind die Universitäten genauso überflüssig wie durch eine zu enge, distanzlose Bindung an die Praxis. Stöltings Analyse generiert allerdings die Einsicht: „Nur äußere Einwirkungen konnten offenbar der Tendenz zur inneren Erstarrung entgegenwirken.“ Denn die „Universitäten tendierten nicht nur immer wieder dazu, sich von der Gesellschaft zu lösen und damit funktionslos zu werden, sie standen immer auch in der Gefahr, in einem sozial bedingten strukturellen Konservatismus die eigenen Standards zu untergraben“ (S. 34f).

Damit ist nach Stölting äußerer Druck auf die Universitäten hinreichend legitimiert, abgesichert durch die generelle Zuschreibung ‚Universität = Erstarrung‘ und ‚Gesellschaft = innovativ‘. Der eben noch konstitutive Widerspruch zwischen Praxis und Distanz wird durch den allein über Qualität entscheidenden freien Markt ersetzt, denn dort, und nur dort, tummle sich die innovative Gesellschaft.

Stölting empfiehlt, nur eine kleine Minderheit („intellektuelle Elite“) weiterhin distanzierte Forschung betreiben zu lassen (an „zwei bis drei Universitäten“). Die ‚wirklichen‘ Eliten aber, weiß Stölting, sind die Studierenden mit einer „heute verbreiteten nüchternen Berufsorientierung (...). Die Studierenden wollen und sollen – außerhalb der Naturwissenschaften – nicht Wissenschaftler werden, sondern für spezifische Praxisbereiche funktionsfähig gemacht werden“ (S. 39). Die Studierenden werden hier, wie so oft in der Hochschulreformdebatte, lediglich zur Stützung der eigenen Argumente benutzt. Stölting will die umfassende Praxisorientierung, die Studierenden angeblich auch, ohne dass Stölting empirische Belege für seine Aussage bietet, und wenn die Studierenden es nicht wollen, so ist es doch ihre Pflicht, „funktionsfähig gemacht“ zu werden. Warum die Studierenden seinen Empfehlungen folgen sollten, scheint für Stölting keiner weiteren Begründung zu bedürfen.

Genau wie die Studierenden sollen sich die Universitäten „in Forschung und Lehre auf das konzentrieren, was tatsächlich benötigt wird“ (S. 39). Die Bestimmung dieser Anforderungen kann, wie Stöltings Analyse zu zeigen vorgibt, nur von außerhalb der Universitäten kommen. Der Mechanismus des freien Marktes hierfür heißt Wettbewerb – um Studie-

rende, um Ausbildungsplätze und Studienplätze, zwischen Studienabschlüssen, zwischen Instituten eines Fachbereichs, zwischen Angehörigen eines Instituts, zwischen Fachbereichen, zwischen Universitäten. Stöltzing hält es nicht für nötig, weiter zu begründen, warum Wettbewerb denn die ultimative Lösung für die Krise der Universitäten sein soll. „Differenzierende Maßstäbe“ und eine „hinreichend straffe Leitung und Leistungskontrolle“ (S. 41) sollen aber eine Steuerung dieses Wettbewerbs gewährleisten – was sich darunter vorzustellen ist, bleibt im Dunkeln, obwohl gerade darin die Herausforderung für Hochschulreform und Hochschulforschung besteht.

Dass die deutschen Hochschulen nicht ihre Leistungsfähigkeit im freien Wettbewerb unter Beweis stellen können, liegt für Schimank in seinem Beitrag „Festgefahrene Gemischtwarenläden – Die deutschen Hochschulen als erfolgreich scheiternde Organisationen“ am „Zielwirrwarr“ und am „Regulierungs- und Blockierungsdschungel“ (S. 224). Ersteres manifestiert sich in der Zuschreibung neuer Ziele an die Universitäten durch den Staat seit den 1960er Jahren, z.B. in der Expansion der Studierendenzahlen bei gleichbleibender Mittelausstattung oder der Forderung nach Praxisrelevanz der Studieninhalte. Die Hochschulen reagierten darauf mit eigenen Zieldefinitionen, besonders zur Bewahrung der Universität als Forschungsinstitution. Die gegenwärtige Situation sei deshalb durch „Zielvielfalt, Inkompatibilitäten zwischen Zielen sowie Dissonanzen und Unklarheiten über Ziele“ (S. 229) charakterisiert.

Hinzu kommt nach Schimank, dass jegliche Entscheidungen an den Universitäten blockiert werden: „Es gibt *zu viel Macht*, die *nicht asymmetrisch genug verteilt* ist. Das sorgt in Kombination mit Interessendivergenzen zwischen den Entscheidungsbeteiligten dafür, dass Macht kaum gestaltend, sondern größtenteils nur gestaltungsverhindernd eingesetzt werden kann“ (S. 233). Hieran wirkten alle universitären Gruppen mit.

Schimanks komplexe Analyse kulminiert in dem negativen Bild eines unkontrolliert wuchernden bürokratischen Dschungels, der nur durch „Hierarchisierung und Diversifizierung“ (S. 236), einer Brandrodung dieses Regulierungs- und Blockierungsdickichts, nutzbar gemacht werden kann. Die Hierarchisierung soll die Positionen der Rektoren und Dekane aufwerten und gleichzeitig die Entscheidungsblockierer, also die „restlichen“ Universitätsangehörigen, entmachten. Das macht aber nur Sinn, wenn diese dann tatsächlich etwas zu entscheiden haben – und zwar wie

sie sich diversifizieren wollen, d.h. welches Profil ihre Universität haben soll. Es geht Schimank um die „Ermöglichung und Entfesselung von Profilierungsbestrebungen“ (S. 238). Nur: in einem staatlichen Hochschulsystem kann das nicht funktionieren. Schimank empfiehlt daher, die Krise durch die „Intensivierung des Konkurrenzdrucks in Lehre und Forschung“ zu lösen, und zwar unter Bedingungen freier „Marktkonkurrenz“ (S. 238), der sich die Universitäten, fit gemacht und verschlankt durch das Aufwärmprogramm „Hierarchisierung und Diversifizierung“, nun endlich stellen können.

„Diversifizierung durch Hierarchisierung“ könnte schließlich das Motto von Dietmar Brauns Aufsatz „Regulierungsmodelle und Machtstrukturen an Universitäten“ heißen. Wiederum geht den Empfehlungen zur Hochschulreform eine komplexe Analyse voraus, in der Braun vier Regulierungsmodelle, drei Entscheidungsarten und vier Kapitalformen unterscheidet. Schlussendlich fragt Braun lediglich: Wer oder was verhindert Wettbewerb und wer oder was kann diesen anstoßen? Warum Wettbewerb überhaupt zur Krisenbewältigung taugt, bleibt wie bei Stölting und Schimank offen.

Um an diesem Wettbewerb teilnehmen zu können, müssen nach Braun in einem Regulierungsmodell strategische Entscheidungen, die die Zielerreichung universitärer Organisation bestimmen, möglich sein. Für diese existieren im bürokratisch-oligarchischen Modell des deutschen Hochschulsystems aber keine Anreize, da Ressourcen nach dem Gießkannenprinzip vom Staat verteilt werden und es keine Eingriffsrechte in substantielle Entscheidungen, die den Inhalt wissenschaftlicher Tätigkeit festlegen, gibt. Braun folgert: „Die deutsche Universität ist lediglich eine lose organisatorische Klammer, aber keine zielstrebige Organisation“ (S. 249).

Die Lösung ‚Management-Modell‘ liegt für Braun auf der Hand, auch wenn dieses in den ‚flachen‘ Hierarchien der Wirtschaft längst als überholt gilt. Von ihr erhofft sich Braun einen „Schwenk der Organisierung von Lehre und Forschung an den Universitäten von einer ‚Angebotsstruktur‘ (die Wissenschaft bestimmt im Wesentlichen das Angebot und die Leistungen der Hochschulen) hin zu einer ‚Nachfragestruktur‘ (die Gesellschaft bestimmt das Angebot)“ (S. 253), wobei dieser Schwenk nicht weiter begründet wird; gesellschaftliche Nachfrage scheint für Braun von Natur aus eine höhere Legitimität zu genießen. WissenschaftlerInnen müßten so endlich um ihre Ressourcen beim Staat und bei der nun ge-

stärkten Universitätsleitung konkurrieren, wodurch die Unterwerfung ihres Handelns unter strategische Kalküle zur „Pflicht“ wird: „Jede Handlung, jede Investition in eine bestimmte Form von Kapital will in ihren Konsequenzen wohl überlegt sein. Das strategische Kalkül fördert das gegenseitige Beobachten der Wissenschaftler. Jeder versucht einzuschätzen, ob die eigenen Investitionen (z.B. in den Erwerb von Drittmitteln, das Engagement in Gremien, die Lehre) genügen, ob es sich lohnt, etwas mehr Aufwand zu betreiben oder ob man sich etwas weniger Aufwand leisten kann“ (S. 258). Indessen: Können WissenschaftlerInnen noch substanzielle Entscheidungen treffen, also forschen, wenn sie permanent an ihrer Selbstüberwachung arbeiten müssen? Sind gemeinsame Forschungsprojekte, in denen sich alle gegenseitig belauern, denkbar?

Fazit: „Die Krise der Universitäten“ bietet, wie der Titel verspricht, eine Reihe von unterschiedlichen und komplexen Zugängen zur gegenwärtigen Situation des deutschen Hochschulsystems. Leider bricht diese Komplexität immer dann in sich zusammen, wenn ein Empfehlungsteil für Reformen folgt. Dann werden so einfache und häufig monokausal begründete Lösungen angeboten, die sich nur mit der (wohl verbreiteten) Annahme eines naturalisierten freien Marktes begründen lassen. Das ist nicht nur unterkomplex, sondern auch wenig einfallsreich.

Roland Bloch (Leipzig)

Robert Birnbaum: Management Fads in Higher Education. Where They Come From, What They Do, Why They Fail. Jossey-Bass, San Francisco 2001. 287 Seiten, ISBN: 0-78794-456-4, €36,03

Hochschulen in Wirtschaftsunternehmen zu transformieren – so meint Robert Birnbaum, Professor für Hochschulforschung an der University of Maryland, in seinem neuen Buch – ähnelt dem Versuch, Katzen in Hunde zu verwandeln (S. 215). Mutationen dieser Art könnten auf Zuruf zu ihrem Herrchen kommen, und wären ebenso in der Lage, zu bellen. Bei entsprechender Dressur könnten sie gar das Einfamilienhaus vor Einbrechern schützen. Andererseits muss man mit Hunden auch bei Regen Gassi gehen, danach muss man sie waschen und abbürsten – das verursacht übli-